

Wehret den Anfängen! ... oder ist es bereits zu spät?

Eine Mehrheit der Türken in der Türkei und in Deutschland widerspricht vehement der historischen Tatsache des Völkermords. Die Diskussion darum wird auf der Grundlage eines heroischen Türkentums nationalistisch-emotional gelenkt und führt auch in Deutschland zu Mordaufrufen gegen öffentliche Vertreter der historischen Tatsache. Seit der Armenien-Resolution im Bundestag am 2. Juni 2016 wird der Grünen-Bundestagsabgeordnete Cem Özdemir von der Polizei begleitet: *Gibt es unter den 2,5 Millionen Türken im riesigen Deutschland keinen einzigen (Türken), der diesem Typen eine Kugel verpasst?* (Die Zeit, 28.7.2016, S. 7.) Der türkische „Präsident“ Erdoğan reagierte auf Özdemirs Engagement für die Resolution in der rassistischen Art, wie es auch Hitler getan haben könnte. Er beschimpfte ihn als *angeblichen Türken, dessen Blut verdorben sei*. (ZEIT, ebd.)

Während am 1.8. die türkische Zeitung „AKSAM“ die Titelseite mit der großen Schlagzeile „Heil Merkel!“ eröffnete und diesen Unsinn mit einem Foto der Kanzlerin mit Hitlerbärtchen und rechtem erhobenen Heil-Hitler-Gruß-Arm illustrierte tauchen in politischen Stellungnahmen und Leserbriefen immer öfter Vergleiche der Politik Erdogans mit Hitlers Verfügungen zur Festigung der Ein-Mann-Herrschaft auf.

In weiten deutschen Historikerkreisen wird die Meinung vertreten, dass Vergleiche des „Dritten Reiches“ mit anderen verbrecherischen Staatsformen, besonders auch der der kommunistischen unter Stalin und danach unzulässig sind, da die nationalsozialistischen Verbrechen und die kommunistischen singular sind. Dieser Meinung stimme ich zu. Ich erlaube mir aktuell allerdings die Ausnahme, die Zeit des Mächtigwerdens der NSDAP und Hitlers ab den späten 1920er Jahren bis zur absoluten Festigung der Macht im Laufe des Jahres 1934 den Geschehnissen in der Türkei gegenüberzustellen. Die Bewertung überlasse ich den Lesern.

Dass Erdoğan zum Zwecke der Machterringung den Friedensprozess mit den Kurden beendet hat und ihn der Tod von Menschen offenbar zufrieden stellt, ist allgemein bekannt. Das Furchtbare daran ist, dass die Mehrheit der türkischen Bevölkerung diese Gleichgültigkeit gegenüber dem Leben Andersdenkender emphatisch unterstützt. Journalisten belegten Korruptionsvorwürfe gegen Erdoğan und seinen Sohn und bewiesen, dass er Waffen an den IS lieferte. Mich erstaunte, dass praktisch nur Minuten nach einem Mordanschlag die türkische Regierung immer gleich wusste, wer die Anschläge verübt hatte. Wie nur war das möglich? Auffällig war auch, wie schnell danach der Ort und die Umgebung der Anschläge so sehr in Ordnung gebracht werden konnte, dass kurze Zeit später keine Spuren mehr zu sehen waren. Und: Seit einiger Zeit passieren keine Anschläge mehr

Erdoğan hat seit einigen Monaten die repressiven Maßnahmen gegen Kritiker seiner einst noch autokratischen Politik und gegen Andersdenkende ständig verstärkt. Sie sind in Deutschland und auch in unserer Region zu spüren. Anlässlich der Armenien-Resolution demonstrierten vor dem Reichstag deutsche türkische Organisationen. In Massenmails an Abgeordnete wurde vor der Verschlechterung der Beziehungen beider Länder gewarnt. Darunter befindet sich auch diese Aussage: *Der Beschluss wäre auch Gift für das friedvolle Zusammenleben von Deutschen und Türken*. (BZ, 31.5.2016) Eine offene Drohung für Gewalt? Aus dieser weltweit kritisierten Haltung der Türken zum Völkermord entstehen dann skurrile Anklagen - hauptsächlich gegen Deutschland: *Die Deutschen wollten uns zeigen, dass wir Enkel von Mördern sind*. (BZ, 11.6.2016) Na und? - kann ich da nur sagen. Wir haben uns offen mit unserer Vergangenheit - trotz auch heute noch aktiver Ewiggestriger - befasst und erfahren dadurch international Zustimmung. Die Türkei dagegen provoziert mit dieser Lebenslüge die Welt nun bereits seit einhundert Jahren. In Frankreich kann die Leugnung des

Völkermords an den Armeniern seit 2006 mit einem Jahr Gefängnis und 45.000 Euro Bußgeld bestraft werden.

Am 4. Juni, nur ein paar Tage nach der Armenien-Resolution des Bundestages hielt Deniz Güven anlässlich des Festes „Braunschweig International“ eine antifaschistische Rede. Güven ist für die Linksfraction Bürgermitglied im „Ausschuss für Integrationsfragen“. In der Rede finde ich Zitate wie diese:

- ... *demokratisches Klima und Achtung von Vielfalt und Menschenwürde.*
- *Mut und Zivilcourage sind jetzt von jedem von uns gefordert.*
- *Demokratie können wir aber nicht allein durch Reden verteidigen.* (usw.)

Güven, Nachkomme einer zweiten Generation der sogenannten Gastarbeiter, kritisierte die *zutiefst antidemokratische Politik Erdogans*. Sie beeinflusse *nicht nur die Menschen in der Türkei, sondern auch das Leben, die Meinungen und politischen Haltungen der türkischen Gesellschaft in der Bundesrepublik*. Das trägt zur *Polarisierung und zu einer mittlerweile unversöhnlichen Atmosphäre vor Ort bei*. Güven: *Neonazismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!*

Ich wandte mich schriftlich an Güven mit der Frage, warum er das Thema Armenien und die Leugnung des Völkermords, in dem faschistoide Tendenzen zu erblicken sind, nicht erwähnte?

Weitere Fragen:

Wie steht Ihre Braunschweiger türkische Organisation zum Völkermord?

Wie ist Ihre Meinung dazu?

Haben Vertreter oder Mitglieder einer lokalen Organisation an der Demo in Berlin und anderen teilgenommen?

Was werden Sie und die türkischen Organisationen gegen Leugner der historischen Tatsache unternehmen?

Güvens Antwort war knapp. Eine Meinungsäußerung zum armenischen Völkermord vermied er, schrieb aber: *Vor allem das Vorgehen an den Armeniern ist ein sehr umfangreiches Thema*. In einer Antwort per Email könne er das und andere türkische Probleme nicht ausführlich beschreiben. Er bot mir ein persönliches Gespräch an und bat um mein Verständnis, dass er in einer Rede *nicht alle Probleme ansprechen* könne. Zu dem Gespräch ist es noch nicht gekommen. Auf zwei weitere Emails antwortet er nicht mehr. Güven kandidiert bei der Kommunalwahl für seine Partei „Die Linke“ im Gemeindewahlbereich 22 an vierter Stelle für den Rat der Stadt Braunschweig. In Berlin vertritt seine Partei klare Meinungen zum armenischen Völkermord und zur Türkei.

Inzwischen hat Erdoğan die türkische Demokratie weiter zerstört und Menschen unter unmenschlichen Bedingungen einkerkern lassen. In einer Massendemonstration in Köln unterwarfen sich ca. 40.000 Türken oder Nachkommen jubelnd der beginnenden Diktatur Erdogans. Auf Transparenten stand unter anderem: *Erdogan ist ein Streiter für Menschenrechte oder Bleib aufrecht, bleib standhaft, verbiet Dich nicht*. (BZ, 1.8.2016) Mit etwas Mut kann man daraus auch diese Parole interpretieren: Erdoğan befiel, wir folgen Dir! Mich erinnert diese Zustimmungsveranstaltung an Massendemonstrationen von Deutschen, die Hitler zujubelten. Eine ähnliche Veranstaltung der türkischen Mitbürger aus Protest gegen Erdoğan hat es bisher (6.8.2016) noch nicht gegeben. Der niedersächsische Ditib-Vorsitzende Yilmaz Kiliç *sah in den türkischen Kundgebungen in Deutschland zuerst ein Bekenntnis zur Demokratie* (???,!!!, J.K.) *und dann erst zum Präsidenten*. (BZ, 19.8.2016)

Ja, die Parallelen - die Strukturen und verbalen Gewaltandrohungen - sind auffallend. Vor und natürlich während des „Dritten Reiches“ nutzten die Nationalsozialisten das „Deutschtum im Ausland“ für ihre Propaganda. NSDAP-Auslandsorganisationen wurden gegründet, natürlich auch Gruppen der Hitlerjugend und des BDM. Wie stark das nationalistische Türkentum, das keinerlei Gegenmeinung zu tolerieren scheint, sich bereits in der Bundesrepublik durchgesetzt hat, kann man nur befürchten.

Wenn wir als eingeborene Deutsche gegen Rechtsradikalismus, Neonazismus, Linksradikalismus und gegen die Fremdenfeindlichkeit und den Nationalismus der AFD angehen, müssen wir uns natürlich auch gegen derartige Tendenzen bei hier im Lande lebenden Ausländern und Mitbürgern mit Migrationshintergrund wehren - (Cem Özdemir spricht inzwischen sogar von einer „Türkida“.) - auch mit dem Motto gegen den Auftritt des AFD-Neonazis Björn Höcke am 8.8. in Braunschweig „Rassismus und Nationalismus sind keine Alternative!"

Morddrohungen gegen Bundestagsabgeordnete werden ernst genommen. Heute werden sie „Armenierschweine“ genannt, während der Weimarer Republik drohten Rechtsradikale nicht nur denen, die sie nicht für deutschtümig hielten, sie erschossen sie auch. Zum Beispiel Walther Rathenau, der als Judensau bezeichnet und im Juni 1922 erschossen wurde. In Köln haben Erdoğan-Unterstützer bereits Geschäfte von andersdenkenden Türken angegriffen. Auf dem Kurfürstendamm in Berlin attackierten Nationalsozialisten Geschäfte von jüdischen Eigentümern bereits im September 1931, in Braunschweig schon Mitte März 1933. Die Parallelen zwischen den aktuellen Entwicklungen in der Türkei und der Zeit vor der NS-Diktatur mehren sich fast täglich. Massenverhaftungen von Soldaten, Beamten und weiteren als Gülen-Anhänger verdächtigten Personen erinnern an die Zustände in Deutschland nach dem 30. Januar. Braunschweig kann beredt dazu beitragen, die Parallelen zu bestätigen. Erdoğan bezeichnete das als „Säuberung“. Wieviel „Säuberungen“ hat Braunschweig seinerzeit erlebt? Erdoğan verbietet Zeitungen, entlässt Richter. Hatten wir seinerzeit alles, auch in Braunschweig. Im Gegenteil zur Türkei wissen wir aber, wohin das führte.

Am 19. Juli suspendierte das Erziehungsministerium in Ankara rund 15.200 Mitarbeiter, vor allem Lehrer. 21.000 Lehrkräften an Privatschulen wurde die Lehrberechtigung entzogen. 1.577 Dekane und Universitätsrektoren wurden ihrer Ämter entzogen. 24 Radio- und Fernsehsendern wurde die Lizenz entzogen. 3000 Richter und Staatsanwälte wurden suspendiert. 49.000 Staatsbedienstete wurden entlassen, 7800 Polizeibeamte, 30 Provinzgouverneure und 47 Regionalpräfekten. Im Amt des Premierministers mussten 257 Mitarbeiter ihren Posten verlassen. (BZ, 20.7.2016)

„Erdoğan's Anhänger wollen eine Neugeburt der Türkei“ titelte die BZ am 22. Juli - und zitierte Kristian Brakel, den Büroleiter der „Heinrich-Böll-Stiftung“ in Istanbul. Hier handelt es sich um eine fast klassische Parallele: Die „Neugeburt Deutschlands“ war eine der besonderen ideologischen Grundlagen, um Terror und Mord an Andersdenkenden zu rechtfertigen. Geschockt hat mich in den letzten Wochen besonders ein Photo. Die BZ veröffentlichte es am 19. Juli 2016. In einem offensichtlichen Stallgebäude sitzen massenweise Männer, offenbar nur mit einer Unterhose bekleidet und mit auf dem Rücken gefesselten Armen auf einem möglicherweise mit Stroh bedeckten Boden. Die Unterschrift lautet: *Der US-Nachrichtensender der CNN veröffentlichte diese Aufnahmen. Sie sollen gefangene Soldaten in Ankara zeigen.* Allein dieses Foto zeigt die Menschenverachtung, die die Türkei ergriffen hat. Dazu Amnesty: *Viele Festgenommene seien aus Kapazitätsgründen überall im Land in Sporthallen oder Reitställen unter teils menschenunwürdigen Bedingungen untergebracht, sagte der Türkei-Experte der Organisation, Andrew Gardner.* Viele Fragen hierzu: Wo wurden die Tausenden

von gefangen genommenen Menschen kurz nach dem „Putsch“ untergebracht? Auch wenn es wie eine Verschwörungstheorie klingt: Die Listen müssen vorhanden gewesen sein und die „Gefängnisse“ ebenfalls. Hätte der Putsch nicht stattgefunden, wären die Festnahmen über kurz oder lang ebenfalls vorgenommen worden.

Eine besonders auffällige Parallele zum Dritten Reich ist die von Erdoğan initiierte Aufhebung der Immunität von 55 der 59 HDP-Abgeordneten. *Noch vor der ersten (konstituierenden) Sitzung des im März 1933 neu gewählten Reichstags wurden die Mandate der KPD annulliert, sodass das Parlament 566 Abgeordnete umfasste. Dieser Schritt brachte der NSDAP zwar die absolute Mehrheit; um ihr nächstes Vorhaben – die Übertragung der gesetzgebenden Gewalt des Reichstags auf die Regierung mithilfe des sogenannten Ermächtigungsgesetzes umsetzen zu können, bedurfte es allerdings einer Zwei-Drittel-Mehrheit. Es gelang den Nationalsozialisten, die Parteien der Mitte dazu zu bewegen, diesem Gesetz zuzustimmen. Am 23. März 1933 passierte das Ermächtigungsgesetz gegen die Stimmen der SPD den Reichstag, der von nun an bedeutungslos war. Der nächste Schritt, das Verbot aller Parteien außer der NSDAP, wurde im Juli 1933 mit dem Gesetz gegen die Neubildung von Parteien abgeschlossen. Zur folgenden Reichstagswahl im November 1933 gab es lediglich eine Liste der NSDAP.*

(https://de.wikipedia.org/wiki/Reichstagswahl_M%C3%A4rz_1933 (7.8.2016))

Kann man Erdogans Trennung von seinem einstigen Unterstützer Gülen und der jetzige Kampf gegen ihn mit der Trennung Hitlers von den Strasser-Brüdern vergleichen? Georg Strasser wurde im Zusammenhang mit den Massenmorden an SA-Männern und anderen bei Hitler in Ungnade gefallen Menschen 1934 erschossen. Der ebenfalls ermordete SA-Führer Röhm war beschuldigt worden, einen Putsch beabsichtigt zu haben. In dieser Parallele ist auch die Frage zu stellen, warum Erdogan seine Präsidentengarde aufgelöst hat? Wie ich lese, seien 283 Soldaten dieser Spezialeinheit festgenommen worden. Wo sind sie jetzt? Leben noch alle? Hitler hatte die Morde als „Todesstrafe“ für Abweichler befohlen. Erdoğan will, weil das türkische Volk das angeblich von ihm will, die Todesstrafe wieder einführen. Wer nach der Einführung mit dem Tode bestraft werden soll, hat er bisher noch nicht mitgeteilt?

Die Nationalsozialisten hatten in einem im März 1930 im Reichstag eingebrachten Gesetz „Zum Schutz der deutschen Nation“ für mehrere Vergehen die Todesstrafe verlangt:

- Die Weitergabe geheimer Unterlagen an ausländischen Regierungen sollte mit dem Tode bestraft werden.

- Wer sich über die Wehr- und Staatsdienstpflicht in einem der Rechten nicht genehmen Weise äußert, wer für die geistige, körperliche oder materielle Abrüstung des deutschen Volkes wirbt, wer zur Kriegsdienstverweigerung oder zu sonstigen die Landesverteidigung gefährdenden Maßnahmen auffordert, sollte wegen Wehrverrats zum Tode verurteilt werden.

- Wer öffentlich in Wort, Schrift, Druck, Bild oder in anderer Weise Deutschlands Alleinschuld oder Mitschuld am Weltkrieg behauptet und sich andere ähnlicher Verfehlungen wie zum Beispiel den Willen zur Selbstbehauptung des deutschen Volkes zu lähmen zuschulde kommen lassen würde, sollte wegen Volksverrats zum Tode verurteilt werden.

(Niedersächsischer Beobachter vom 22.3.1930)

Der angebliche „Putsch“ gegen Erdoğan und die folgende Verhängung des Ausnahmezustandes erinnert an das Ermächtigungsgesetz, mit dem Hitler dann seine Allmacht endgültig festigte. Bereits ein paar Tage nach der Machtübergabe an Hitler geriet man fast in Lebensgefahr, wenn man Witze über den „Reichskanzler“ machte. Erdogan wehrte sich nicht nur gegen Jan Bömermann wegen seines Schmähgedichts. Das ZEIT-Magazin dokumentierte kürzlich

(Nr. 26/16.6.2016) 286 Fälle, in denen Erdoğan gegen Türken wegen Präsidialbeleidigung vorgegangen war. Wer sich über den „Präsidenten“ lustig machte oder ihn irgendwie anders reizte, kam/kommt vor den Kadi. Weil zwei 12 und 13 Jahre alte Kinder Erdoğan-Plakate abgerissen hatten, wurden sie von der Polizei festgenommen und in Untersuchungshaft gebracht. Der Staatsanwalt forderte eine Haftstrafe von zwei Jahren und fünf Monaten. Am 26. Februar 2016 wurden sie freigesprochen.

Es wurde bekannt, dass Türken in der Türkei und auch in Deutschland Gegner von Erdoğan oder Gülen nahestehende Personen einer Behörde in der Türkei melden sollten. Denunziation war eine der Grundlagen für die Machterhaltung im „Dritten Reich“.

Wer wollte angeblich besonders nach 1919 und erst recht nach 1933 Deutschland regieren, um es dann zu zerstören? Ja, das „Internationale Finanzjudentum“, so propagierten es jedenfalls die, die damit auch die Verfolgung der Juden in Europa rechtfertigten. Menschen, die derartige Theorien gegen Minderheiten aufstellen, sind durch Angst zerfressene und labile Personen, die ihre Angst durch Brutalität unterdrücken. Dazu gehört auch Erdoğan. Die Kurden bekämpft er ohne Rücksicht auf Menschlichkeit - man konnte fast auf diese neue Äußerung Erdogans warten: *Das Drehbuch des Putsches wurde im Ausland geschrieben. Deutschland und die USA hätten sich auf die Seite von Terroristen und Putschisten geschlagen.* Die Linke Bundestagsabgeordnete Sewim Dagdelen forderte Sanktionen gegen Erdogan: *Wir brauchen wegen seiner brutalen Verfolgungspolitik mit Folter und Massenverhaftungen in der Türkei endlich Sanktionen gegen Erdogan.* (BZ, 3.8.2016) In den Medien taucht immer öfter der Begriff „Appeasement“ auf. Der Begriff beinhaltet "Beschwichtigung" und steht für eine politisch zurückhaltende Einstellung, die aggressives Verhalten und den direkten Konflikt vermeidet. Auf diese Art hatte Chamberlain 1938 mit Hitler das fatale „Münchener Abkommen“ beschlossen, um den Krieg zu vermeiden. Hitler muss sich darüber vor Erfolg und Glück auf die Schenkel geschlagen haben. Wenn ich unseren Außenminister Steinmeier sehe, fallen mir immer öfter Chamberlain ein und Erdoğan.

Wer hätte je gedacht, dass Hitler und Stalin in friedvoller Weise einen Pakt schließen? Wie wir wissen, geschah das im August 1939. Nachdem Erdogan Ende November vergangenen Jahres ein russisches Flugzeug hatte abschießen lassen, konnte man sich kaum vorstellen, dass Putin und Erdoğan je wieder zusammen kommen. Putin hatte kräftige Sanktionen verhängt. Die BZ berichtete nun am 18. Juli: Erdogan und Putin planen ein Treffen.

Erdogans neue Partei?

BERLIN taz | Der Zeitpunkt ist provokant gewählt. Für 14.53 Uhr hat der deutsch-türkische Unternehmer Remzi Aru angekündigt, am Sonntag auf seine persönliche Webseite den Namen seiner neuen Partei, deren Logo sowie einen ersten Entwurf für ein Parteiprogramm zu stellen. Kurz darauf will er eine Pressekonferenz geben, die live übertragen werden soll. Den Ort dafür hat er bislang nicht verraten. Die Zahlenkombination 1453 aber hat es in sich: Es ist das Datum der Eroberung Konstantinopels, des heutigen Istanbuls, durch die Osmanen. Der Selfmade-Unternehmer Remzi Aru ist eine schillernde Figur. Er ist einer der größten Fürsprecher des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan in Deutschland und zählte bereits zu den Mitbegründern der Union Europäisch-Türkischer Demokraten (UETD), die als eine Art Auslandsorganisation der türkischen Regierungspartei AKP fungiert und hierzulande bereits mehrmals Kundgebungen organisierte. (...)



Die Gründung einer Migrantenpartei sei nötig geworden, weil Türken in Deutschland „systematisch als Sündenböcke aufgebaut“ würden, lässt Aru jetzt in einer Erklärung verlauten. Dagegen würden in Deutschland „stalinistische Massenmörder und Verbrecher von Abgeordneten, Journalisten und anderen Meinungsführern verteidigt und verherrlicht“, behauptet er mit Blick auf die PKK. „Terrorismus wird, solange er sich gegen Türken und nicht gegen Europäer richtet, gleichsam als eine Art Folklore verharmlost.“